

Nepal Observer

An internet journal irregularly published by Nepal Research
Issue 24, November 1, 2014

ISSN 2626-2924

Nepal als föderale und säkulare Republik: Notwendigkeiten und Probleme

von Karl-Heinz Krämer

(Dieser Artikel wurde für Nepal.i, die Zeitschrift der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft e.V., Köln, Ausgabe 112/113 geschrieben)

"Pledging to accomplish the progressive restructuring of the State in order to solve the problems existing in the country relating to class, ethnicity, region and gender;"
(aus der Präambel der Übergangsverfassung vom 15.01.2007)

Having multiethnic, multilingual, multireligious and multicultural characteristics with common aspirations and being united by a bond of allegiance to national independence, integrity, national interest and prosperity of Nepal, all the Nepalese people collectively constitute the nation.
(Artikel 3 der Übergangsverfassung vom 15.01.2007)

Nepal is an independent, indivisible, sovereign, secular, inclusive and federal, democratic republican state.
(Artikel 4, Abs. 1 der Übergangsverfassung in der Form der 4. Verfassungsänderung vom 29. Mai 2008)

Angesichts der teils konfusen Diskussionen der letzten Monate mag man den Eindruck gewinnen, dass jene Politiker, die im Januar 2007 die derzeit gültige Übergangsverfassung beschlossen und auf der ersten Sitzung der ersten Verfassungsgebenden Versammlung (VV-I) den Hindustaat abgeschafft und das Bekenntnis zu einer inklusiven föderalen Republik erneuert haben¹, völlig andere Personen gewesen sein müssen als die Politiker, die heute die Verwirklichung genau dieses Staates verhindern zu wollen scheinen. Dass die RPP-Nepal, die heute in VV-II über 24 Abgeordnete verfügt, ihre Haltung nicht geändert hat, mag ja noch als konsequent gesehen werden; schließlich sind sie mit dieser Aussage auch in die Wahlen vom 19. November 2013 gegangen. Auch dass deren Mutterpartei, die RPP, sich heute von ihrem 2008 erfolgten Wandel zu einer säkular ausgerichteten Partei wieder verabschiedet, mag angesichts des historischen Werdegangs dieser Partei noch nachvollziehbar sein. Dass sich aber jetzt auch Teile der Regierungspartei Nepali Congress (NC) der Forderung der RPP-Nepal nach einer Rückkehr zu Hindu-Staat und Monarchie anschließen und sich von der Idee eines föderalen Staates distanzieren, hinterlässt große Fragezeichen.

Dabei ist eine solche Forderung genauso verfassungswidrig wie die Forderung nach einem unabhängigen Madheshi-Staat im Tarai. Für Letzteres plädiert beispielsweise C.K. Raut, wohlgermerkt ebenfalls lediglich verbal, nicht militant. Raut wurde deswegen vom nepalischen Staat wegen seiner „staatsfeindlichen Haltung“ verhaftet. Die Politiker aus RPP-Nepal, RPP und NC müssen sich diesbezüglich keine Sorgen machen. Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen bezeichnen Raut zu Recht als den heute einzigen politischen

1 Lediglich die vier Abgeordneten der RPP-Nepal hatten damals gegen diesen Beschluss gestimmt.

Gefangenen Nepals.

Hintergründe des Föderalismusgedankens

Der heutige Staat Nepal wurde durch die von König Prithvi Narayan Shah von Gorkha Mitte des 18. Jahrhunderts eingeleiteten militärischen Eroberungszüge in seiner heutigen Form geschaffen. Der Shah-Staat war extrem zentralistisch und identifizierte sich mit der Kultur, Religion, Sprache und gesellschaftlichen Klassifizierung seiner Träger. Diese Haltung bildete die Grundlage des ersten nationalen Gesetzeskodex, des Muluki Ain von 1854.

Die 1950er Jahre sahen einen Machtkampf zwischen Monarchie und jungen demokratisch ausgerichteten Parteien, aus dem die Monarchie letztlich als Sieger hervorging. Sie nutzte das parteilose Panchayat-System (1961-90), um den zentralistischen Staat im Interesse der herrschenden Elite weiter zu festigen. National war, was zur Kultur und Gesellschaft der staatlichen Elite gehörte, also Hinduismus, Nepali-Sprache, die Hindu-Feste und Zeremonien, die Symbole des Alltags. Ansätze ethnischen Aufbegehrens wurden als anti-nationalistisch diffamiert und mit Strafe bedroht. Der alle zehn Jahre durchgeführte Bevölkerungs-Zensus wurde missbraucht. Die Zahlen zu den ethnischen Gruppen und Sprachen bzw. nicht-hinduistischen Religionen wurden manipuliert. Gefördert wurde dies beispielsweise weiterhin durch Auflagen für eine Anstellung im Staatsdienst, die dazu dienten, dass Angehörige ethnischer Gruppen zum Teil ihre Ethnizität, Sprache und Religion leugneten, in der Hoffnung, dann bessere Chancen zu haben. Mit der Verwaltungsreform von 1963 wurden aus den bis dahin 35 Distrikten 75. Dabei wurden absichtlich traditionelle ethnische Siedlungsgebiete zerschnitten, um das eventuelle Aufkommen ethnischer Nationalismen weiter zu begrenzen. Schon während der Rana-Zeit, bei der Schaffung der früheren 35 Distrikte, war man ähnlich verfahren. Damals war beispielsweise das traditionelle Siedlungsgebiet der Sherpas auf zwei Distrikte verteilt worden. Seit 1963 verteilt es sich sogar auf vier Distrikte. In Bezug auf die Siedlungsgebiete anderer ethnischer Gruppen ist dies ähnlich.

Die Volksbewegung von 1990 und die ihr folgende Demokratisierung leitete einen grundlegenden Wandel ein. Dieser spiegelte sich aber weniger in der neuen Verfassung und dem neuen politischen System wider. Es gab zwar viele positive Ansätze und Willenserklärungen, aber letztlich scheute man damals einen völligen Bruch mit der Vergangenheit. Von grundsätzlicher Bedeutung war dabei das Festhalten am zentralistischen Hindu-Staat. Es bedeutete, dass sich der Staat weiterhin existenziell mit der Religion, Sprache, Kultur und Gesellschaftsauffassung der sogenannten hohen Hindu-Kasten identifizierte, aus denen sich auch in der Folgezeit die staatliche Elite rekrutieren sollte. Es wurden lediglich Köpfe ausgetauscht, und selbst das nur in eingeschränkter Weise. Auffällig ist lediglich, dass zuvor männliche Angehörige aus Chhetri-Kasten einen deutlich höheren Anteil an dieser Elite hatten als nach 1990. Aber die Demokratisierung bedeutete nicht eine Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen des Landes, vielmehr begann die Zeit der geradezu erdrückenden Vormachtstellung der Brahmanen-Kasten. Diese hing mit der Dominanz der Brahmanen innerhalb der großen Parteien zusammen, die sie seit der Gründung von Nepali Congress und Communist Party of Nepal im indischen Exil der späten 1940er Jahre nie aufgegeben haben. Lediglich die RPP (Rastriya Prajatantra Party) und ihre Splittergruppen als das Sammelbecken der Kräfte des königlichen Panchayat-Systems nach 1990, weisen eine Dominanz der Chhetri-Kasten auf. Politiker aus anderen Gesellschaftsgruppen erhalten keine Chance auf eine wirkliche Führungsrolle, da alle Parteien bis heute closed shops sind.

Die Folgen der Beibehaltung des Hindu-Staats im 1990er System, festgelegt in Artikel 4 der damaligen Verfassung, sollen anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden. So hieß es beispielsweise in Artikel 11, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, unabhängig von Religion, Kaste, Ethnizität, Kultur, Sprache usw. Genau das aber trifft auf einen Hindu-Staat nicht zu. Nehmen wir nur das Beispiel der Stellung der Frauen. Nach dem Hindu-Denken sind Frauen nicht gleichwertig wie Männer eingestuft. Das zeigte sich beispielsweise im Erbrecht, im Staatsangehörigkeitsrecht, im Arbeitsrecht, in der generellen Abhängigkeit von Männern bei allgemeinen Verwaltungsakten usw. So verweigerte die Verfassung von 1990 Frauen das Recht einer Vererbung der Staatsangehörigkeit auf ihre Kinder.

Ein anderes Beispiel ist die Wertigkeit und Nutzung der Muttersprachen. Nepali, die Muttersprache der Hindu-Kasten des Berglands und damit der herrschenden Elite wurde wörtlich als „Sprache der Nation“ und offizielle Amtssprache festgelegt. Alle anderen Muttersprachen des Landes wurden als „nationale Sprachen“ anerkannt. Das bedeutete jedoch gar nichts. Sie durften im Amtsgebrauch nicht benutzt werden. Nicht einmal vor Gericht gab es eine Möglichkeit zur Nutzung seiner Muttersprache. Dabei sprechen laut dem Volkszensus von 2011 lediglich 44 Prozent der Menschen des Landes Nepali als Muttersprache. Auch die Auflage der Verfassung an die Regierung, dafür zu sorgen, dass alle Kinder im Grundschulbereich in ihrer Muttersprache unterrichtet werden können, war das Papier nicht wert, worauf die Verfassung gedruckt wurde.

Wohlgemerkt, die Stellung des Nepali als lingua franca soll hier in keiner Weise in Frage gestellt werden. Auch ethnische Aktivisten bedienen sich vorwiegend des Nepali, wenn sie mit dem Staat in einen Dialog treten. Das Problem aber ist die Chancengleichheit und das Grundrecht auf Information, beispielsweise vor Gericht. Der bekannte Politiker und ethnische Aktivist Padma Ratna Tuladhar erzählte mir Anfang der 1990er Jahre, wie er während der Volksbewegung von 1990 inhaftiert worden war und im Gefängnis mit einem Mann aus einer ethnischen Gruppe zusammentraf, der nicht verstanden hatte, was man ihm überhaupt vorwarf, da ihm der Wortschatz des im Justizwesen benutzten Nepali überhaupt nicht vertraut war.²



Padma Ratna Tuladhar (Quelle: República, 23.10.2014)

Oder nehmen wir die Amtskleidung. Jede Bevölkerungsgruppe des Landes hat eine eigene Tracht, die zumindest bei offiziellen festlichen Anlässen der eigenen Gruppe gerne getragen wird. Für die Staatselite war es jedoch selbstverständlich, dass beispielsweise im Parlament oder in den Behörden alle Abgeordneten oder Beamten die Traditionelle Tracht der hohen Hindu-Kasten zu tragen hatten. Schließlich war ja nur das die „nationale Kleidung“. Diese Vorschrift gilt selbst für die beiden VV der letzten Jahre, wenngleich vor allem linke Politiker diese Vorschrift oft missachteten. Immer wieder gibt es Kritik, wenn Amtsträger ihre Funktionen in der Öffentlichkeit nicht in der „offiziellen Amtstracht“ wahrnehmen. Ähnliches gilt auch für die offiziellen Symbole und Insignien des Landes. Sie sind allesamt der Kultur der herrschenden Elite entlehnt.

Und auch in Bezug auf ein politisches Engagement setzte der Hindu-Staat enge Grenzen. So wurden grundsätzlich Parteien, die sich für bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Regionen

2 Der Text des Gespräches ist abgedruckt in: Zur Lage der ethnischen Gruppen im Vielvölkerstaat Nepal. Ein Gespräch mit Padma Ratna Tuladhar. Nepal-Forum, 12:26-34 (1994)

des Landes einsetzen, nicht zu politischen Wahlen zugelassen. Dass sich der Zentralstaat auch lediglich mit einer einzigen Gesellschaftsgruppe identifizierte, wurde dabei verdrängt. Angesichts der den traditionell ausgegrenzten ethnischen Gruppen weiterhin weitgehend verschlossenen großen Parteien bedeutete dies, dass die Exklusivität des nepalischen Staates auch unter dem politischen System von 1990 fortgesetzt wurde.

Entstehung des Föderalismusgedankens

Die großen Parteien des 1990er Systems, also NC und CPN-UML, geben heute gerne vor, bei der Volksbewegung von 1990 sei es lediglich um eine Beschränkung der königlichen Macht und die Demokratisierung des Landes gegangen. Dabei waren dies nur Teilaspekte. Wir müssen uns erinnern, dass die damalige Bewegung in die Zeit des Zusammenbruch des Ostblocks und einer mit ihr einhergehenden weltweiten ethnischen Bewusstseinsbewegung fiel. Diese war auch in Nepal allenthalben spürbar.

Schon zuvor hatte es einige ethnische Organisationen mit kultureller Ausrichtung gegeben. Nach der Volksbewegung von 1990 vermehrten sich solche Organisationen jedoch rasant. Dabei wurde die Rückbesinnung auf die eigene Kultur beeinflusst von der Erkenntnis der Unterdrückung durch das gerade abgeschaffte königliche System. Da diese Unterdrückung unter dem Deckmantel des Hindu-Staates erfolgte, forderten die ethnischen Organisationen im Vorfeld der Schaffung der neuen Verfassung eine strikte Trennung von Staat und Religion. Da aber kaum ein Vertreter der ethnischen Gruppen direkt an der Ausarbeitung der Verfassung vom November 1990 beteiligt wurde und die verantwortlichen Politiker und Juristen die in der Öffentlichkeit vorgetragenen Argumente der traditionell ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen als für den neuen demokratischen Staat nebensächlich und unbedeutend abtaten, wurde der Hindu-Staat auch in der neuen Verfassung beibehalten. Die Chance auf einen inklusiv ausgerichteten Staat wurde vertan.



Die Idee autonomer Provinzen auf der Grundlage traditioneller Sprachgebiete, wie sie von den Janajati-Gruppen Mitte der 1990er Jahre entwickelt wurde

Damit wurden gleichzeitig die Wurzeln für das Scheitern dieses neuen Systems gelegt. Die politische Bewusstseinsbildung der weiterhin ausgegrenzten Gruppen war einmal angestoßen und setzte sich fort. In der Folgezeit blieb es nicht mehr bei der Forderung nach einem

säkularen Staat und Rechten für die eigenen Sprachen und Kulturen. Die Nepal Federation of Indigenous Nationalities (NEFIN)³, der bedeutendste Dachverband ethnischer Organisationen, entwickelte in den frühen 1990er Jahren allmählich die Idee eines föderalen Staatsgebildes auf der Grundlage überwiegend ethnisch basierter Provinzen.⁴

Bei den politischen Parteien kam diese Idee erst an, als sich die CPN-Maoist in der zweiten Hälfte der 1990 Jahre, also in den Aufbaujahren ihres Aufstands, eine Variante dieses ethnisch basierten föderalen Systems auf die eigenen Fahnen schrieb. Taktisch mag dies nicht ungeschickt gewesen sein, weil es zur Folge hatte, dass die Maoisten auf diese Weise gerade aus dem Kreis der ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen viele Gefolgsleute gewinnen konnten.

Auf der anderen Seite hat dies aber auch dazu geführt, dass die beiden anderen großen Parteien, NC und CPN-UML, das System eines ethnisch orientierten Föderalismus lediglich als eine Erfindung der UCPN-M, wie sich die maoistische Mutterpartei heute nennt, abtun. Dass es hierbei eigentlich um eine Idee ethnischer Eliten handelt, die in einem solchen föderalen Staatswesen die einzige Chance für eine Aufwertung ihrer Gruppen und eine bessere Einbeziehung in Politik und Gesellschaft sehen, wird dabei meist verdrängt.

Beteiligung an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung

Das politische System von 1990 ist inzwischen Geschichte, sollte man zumindest meinen. Gleiches gilt für den maoistischen Aufstand, der an den Unzulänglichkeiten des damaligen Systems anknüpfte, und der königliche Staatsstreich, bei dem die Monarchie die chaotische Situation für eine Restauration ihrer Macht zu nutzen suchte. Unter dem Eindruck dieser letztgenannten Ereignisse raufte sich die Politiker 2006 zu einer kurzen Phase rationaler und auf Inklusivität bedachter Politik zusammen. In jener Zeit wurden so wegweisende Entscheidungen getroffen wie der parlamentarische Beschluss, bei zukünftigen Neubesetzung aller Ämter und Funktionen im Staat mindestens 30 Prozent der Stellen an Frauen zu vergeben. Der Hindu-Staat wurde ebenso abgeschafft wie die Praxis der Unberührbarkeit. Alle bedeutenden Parteien unter Einbeziehung der Maoisten erklärten ihren Willen zu einem dauerhaften Frieden und einem inklusiven politischen System einer säkularen und föderalen demokratischen Republik. Das alles wurde in der bis heute gültigen Übergangsverfassung vom 15. Januar 2007 festgeschrieben.

Als Grundlage dieses Systems sollte eine vom Volk gewählte VV eine neue Verfassung ausarbeiten, nicht die Führer der politischen Parteien, die ja gesellschaftlich extrem einseitig zuzuordnen sind. Damit alle Gesellschaftsgruppen des Landes an der Ausarbeitung angemessen beteiligt sein würden, wurde ein zweigleisiges Wahlsystem ausgedacht, das eine solche angemessene Zusammensetzung garantieren konnte.⁵

Allerdings hielt sich die traditionelle Elite der Parteiführer genau hier zwei Hintertürchen offen. Zum einen gab es keine Vorschriften für die proportionalen Listen, außer dass die Ethnizität der von den Parteien hier aufgelisteten Kandidaten prozentual der ethnischen Zusammensetzung der Gesamtgesellschaft des Landes entsprechen musste. An letzteren Aspekt waren die Parteiführer auch bei der endgültigen Nominierung der Abgeordneten

3 Damals nannte sich die Organisation noch Nepal Janajati Mahasang (Nepal Federation of Nationalities), daraus wurde später die heutige Bezeichnung Nepal Adivasi Janajati Mahasangh. Dem Verband gehören heute 56 Organisationen aus dem Gebirge und dem Tarai an. Siehe <http://www.nefin.org.np/>

4 Zur ethnischen Bewußtseinbildung der damaligen Zeit siehe: Krämer, Karl-Heinz. 1996. Ethnizität und nationale Integration in Nepal: Eine Untersuchung zur Politisierung der ethnischen Gruppen im modernen Nepal. Beiträge zur Südasienforschung, Südasien-Institut, Universität Heidelberg, Band 174. Stuttgart: Franz Steiner

5 335 der 601 Abgeordneten (gut 55%) sollten über ein proportionale System gewählt werden, 240 (gut 41%) über das Direktwahlsystem; dazu sollten unmittelbar nach der Wahl noch 26 Abgeordnete von der Regierung aus dem Kreis noch nicht beteiligter gesellschaftlicher Gruppen bzw. verdienter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestimmt werden.

gebunden. Wen sie aber im Einzelnen auswählten, blieb ein Fall für den Machtpoker zwischen den diversen Fraktionen, durch die sich alle großen Parteien auszeichnen.

Das zweite Hintertürchen war noch entscheidender: Bei der Nominierung der Direktkandidaten wurden die Parteiführer zwar ebenfalls von der Übergangsverfassung angehalten, alle größeren Gesellschaftsgruppen möglichst angemessen zu beteiligen, doch wurde dies nicht verbindlich vorgeschrieben. Folglich hielt man sich auch nicht daran. Bei den Wahlen zur VV-I hatten die Maoisten diese Auflage noch ein wenig stärker berücksichtigt, wenngleich auch bei weitem nicht angemessen. Da sie damals 50 Prozent der Direktmandate gewannen, konnte man anschließend die VV-I noch als gesellschaftlich relativ angemessen zusammengesetzt bezeichnen. Die Wahlen zu VV-II bedeuteten einen deutlichen Negativrutsch. Die heutige VV wird ähnlich wie die Parlamente des 1990er Systems von Mitgliedern der Tagadhari-Kasten dominiert.

Allein aufgrund ihrer repräsentativen Zusammensetzung hätte aber die VV-I bereits eine Verfassung entwerfen können, bei der die wichtigen Anliegen aller Gruppen hätten einfließen können. Dem wurde aber seitens der Führer der großen Parteien, bis auf wenige Ausnahmen männliche Brahmanen, ein Riegel vorgeschoben. Sie missbrauchten die VV von Anbeginn an für ihre Machtkämpfe und rissen auch rasch die Aufgabe der Diskussion der neuen Verfassung an sich. Da hätte man eigentlich 2008 ganz normal ein Parlament wählen, die Ausarbeitung der neuen Verfassung dem Dialog der Führer der großen Parteien überlassen und das Ergebnis dieses Dialogs am Ende durch das Parlament verabschieden können. Genau das ist die Politik seit Anfang 2010.

Säkularismus und Föderalismus im zukünftigen politischen System

Gegen Ende der VV-I gab es eine ganze Reihe von Bereichen, zu denen sich die Führer der großen Parteien nicht einigen konnten. Ganz entscheidend war dabei jedoch die Gestaltung des zukünftigen föderalen Staates. Dabei scheiterte man schon bei banal klingenden und für die Führer doch so grundlegenden Fragen wie der Anzahl der Provinzen, ihren Namen und dem Verlauf ihrer Grenzen. Über all dem stand die Frage, welche Rolle der Aspekt der Ethnizität bei der Schaffung dieser Staaten spielen sollte, weniger, ob diese Staaten auch aus wirtschaftlicher Sicht rational sein mochten. Unausgesprochen ging es aber auch darum, inwieweit die derzeitige staatliche Elite auch in einem föderalen System Stellung und Privilegien bewahren konnte.



Das System von 14 Provinzen, wie es Ende 2009 von VV-I vorgeschlagen, später aber von den Führern der großen Parteien verworfen wurde (Quelle: República, 27.10.2014)

Nach außen lief die Diskussion zwischen den Parteien darauf hinaus, dass die UCPN-M einen ethnisch basierten Föderalismus zu vertreten schien, während NC und CPN-UML dies mit einem

Aufschrei der Empörung ablehnten und vor einem möglichen Zerfall des Landes warnten. Das von der UCPN-M vertretene Model wurde als ein solches einer "single ethnic identity", also einer Verknüpfung der zukünftigen Teilstaaten mit Sprache, Kultur und Werten einer einzigen ethnischen Gruppe des Landes dargestellt. NC und CPN-UML wiederum verknüpften ihr föderales System mit der Idee einer "multiethnic identity", also der Schaffung von Teilstaaten, die keine bestimmte Gesellschaftsgruppe hervorheben, sondern eben die Multiethnizität der Gesellschaft betonen.

Vieles wird bei dieser ganzen Diskussion verwirrend dargestellt und zum Teil auch bewusst, zum Teil unbewusst im Sinne eigener Machtinteressen missbraucht und manipuliert. Tatsache ist, dass Nepal in seiner Gesamtheit ein multiethnischer Staat ist. Dank jahrhundertelanger und bis heute andauernder interner Migration wird dies auch für alle zukünftigen Teilstaaten gelten, egal wie die Grenzen gezogen werden. Eine andere Tatsache aber ist auch, dass der derzeitige Zentralstaat genau das ist, was NC und CPN-UML vorgeben, verhindern zu wollen. Einen von ihnen propagierten multiethnischen Staat gibt es lediglich auf dem Papier, nicht aber was Beteiligung, Chancengleichheit und Anerkennung der zahlreichen Ethnien, Sprachen und Kulturen anbelangt. Schon bei der Ausarbeitung der Verfassung von 1990 war es gerade der NC gewesen, der einen solchen Schritt verhindert hat.⁶

Die wirkliche Haltung der UCPN-M ist schwer zu ergründen. Letztlich wird auch diese Partei total von männlichen Brahmanen dominiert und kontrolliert. Baburam Bhattarai (UCPN-M), der in der Endphase von VV-I Premierminister war, hatte zwar noch eine Expertenkommission zur föderalen Gliederung des Landes ins Leben gerufen, doch wurde der Mehrheitsvorschlag dieser Gruppe, der eine leichte Variante des Ende 2009 von der zuständigen Kommission der VV-I unterbreiteten Vorschlags bedeutete, von NC und CPN-UML abgelehnt. Bei einem Kompromissversuch setzte der NC noch einmal Verschiebungen der Provinzgrenzen durch, welche eine relative Mehrheit größerer ethnischer Gruppen in einigen Provinzen verhindert hätten, doch war das Scheitern der VV-I nicht mehr abzuwenden.

Vom Mai 2012, als die VV-I scheiterte, bis zum August 2014, als das Political Dialogue and Consensus Committee (PDCC) der VV-II begann, sich mit den umstrittenen Problembereichen der zukünftigen Verfassung zu beschäftigen, gab es keinerlei Dialog mehr zwischen den politischen Parteien zur Gestaltung des föderalen Staates. Inzwischen steht fest, dass die Fronten unverändert sind. Die Führer aller Parteien erweisen sich weder als dialogfähig noch als kompromissbereit. Gleichzeitig erscheinen sie uneinsichtig in Bezug auf die Konsequenzen ihrer unverantwortlichen Haltung.

Nepal braucht dringend eine neue Verfassung, die eine Grundlage darstellen kann für ein möglichst konfliktfreies Miteinander der zahlreichen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen. Jeder dieser Gruppen müssen gleiche Chancen im zukünftigen Staat eingeräumt werden. Diskriminierungen der Vergangenheit müssen aufgehoben werden, was unweigerlich Einschnitte für Angehöriger bestimmter Gruppen bedeuten wird, die durch den einseitig ausgerichteten zentralistischen Staat Vorteile und Privilegien genossen. Dies wird aber nur eine Übergangsphase betreffen. Nur so kann Hardlinern, wie sie zu Beginn dieses Artikels zitiert wurden, der Wind aus den Segeln genommen werden.

Eine überhastet verabschiedete Verfassung unter Beibehaltung des zentralistischen Denkmusters der Vergangenheit, wie sie jetzt von führenden Politikern von NC und CPN-UML propagiert wird, stellt keine Lösung dar. Schon jetzt gibt es massiven politischen Druck seitens oppositioneller Parteien und ethnischer Organisationen. Am Ende der VV-I war die Situation bereits einmal eskaliert, als die großen Parteien versuchten, die Gestaltung des föderalen Staates zu einer Farce zu machen. Schon damals kam es zu landesweiten Unruhen.

Ein Kompromiss ist schwierig, aber notwendig. Wichtig ist, dass er die ethnischen und regionalen Interessen der traditionell ausgegrenzten Gruppen ernst nimmt und die erneut aufkeimenden Forderungen hindu-nationalistischer Gruppen verwirft. Teilstaaten, die sich mit

6 Aussage von Padma Ratna Tuladhar, der bei den damaligen Diskussion zugegen war. Eine maoistische Partei, die sich auch so nannte, gab es noch nicht. Die Parteien, die sich im Januar 1991 zur CPN-UML zusammenschlossen waren noch stark linksorientierte Parteien. Dieser Gruppierung war der parteilose Tuladhar zuzuordnen.

einer einzigen Bevölkerungsgruppe identifizieren, haben sicherlich keine Zukunft angesichts der multiethnischen Zusammensetzung aller Regionen des Landes. Aber die Benennung einiger Provinzen nach den größeren dort ursprünglich beheimateten ethnischen Gruppen wäre beispielsweise ein Entgegenkommen, das auch von ethnischen Aktivisten positiv aufgenommen würde. Ein solches Vorgehen würde zeigen, dass das historische Unrecht, das diesen Gruppen in der Geschichte des Landes widerfahren ist, eingestanden wird und dass sie endlich als wesentlicher Bestandteil der nepalischen Geschichte, Gesellschaft und Kultur anerkannt werden. Falls dann auch noch die mutwillige Zerschneidung ihrer traditionellen Siedlungsgebiete bei der administrativen Neugestaltung aufgehoben würde und die Kultur und Sprache der dort beheimateten größeren Gruppen neben der gemeinsamen nepalischen Kultur besonders gepflegt und erhalten würden, dann könnte dies ein Grundlage für ein dauerhaftes föderales Staatsgebilde werden. Daneben aber müssen unbedingt auch endlich die wirtschaftlichen Aspekte einbezogen werden. Es bleiben leider Zweifel, ob die heutigen politischen Führer tatsächlich in der Lage sind, diese einmalige Chance zu begreifen.